



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/1 - 2. Januar 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0896890

Deutsch-polnische Diskussion im Gange	S. 1
Die Türkei und die arabischen Länder	S. 3
Baden-Württembergs Landtag vor schwierigen Aufgaben	S. 5
Das Ermittlungsverfahren gegen Claiberg	S. 6
Der Staatsakt von Saarbrücken	S. 8

## Kontaktaufnahme Bonn-Warschau erforderlich

sp. Die Außenpolitik der Bundesrepublik sieht sich gleich zu Beginn des Jahres vor Aufgaben gestellt, deren Lösung bisher vernachlässigt wurde. Dazu gehört u.a. auch die Frage, inwieweit die Ereignisse in den Ostblockstaaten - besonders aber in Polen - den Zeitpunkt geeignet erscheinen lassen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Außenminister v. Brentano hat zwar vor einigen Tagen erklärt, er halte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den osteuropäischen Nachbarn noch verfrüht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Problematik eines Kontaktes zwischen Bonn und Warschau nicht mehr von der Tagesordnung wegzudenken ist.

Polen hat sich im Verlaufe der letzten Monate gegenüber der Sowjetunion eine gewisse Selbständigkeit errungen. Wenn man auch in Warschau anlässlich der offiziellen Ansprachen zum Jahreswechsel wieder auf die Gefahr eines aufgerüsteten Deutschland hingewiesen und damit die Freundschaft mit der Sowjetunion begründet hat, so darf nicht übersehen werden, dass die polnische Regierung zur gleichen Zeit Massendemonstrationen einleitete, die auf eine neue Betrachtungsweise des deutsch-polnischen Verhältnisses hindeuten. Die "Regierungskommission für die Entwicklung der Westgebiete" hat jetzt offiziell die Aufgabe erhalten, "das Unrecht wieder gutzumachen", das an den zurückgebliebenen Deutschen begangen wurde. Die polnische Presse spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung

2. 1. 1957

in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten eine grössere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen, womit zum ersten Male zugegeben wird, dass in der Vergangenheit gerade dort viel gesündigt wurde.

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helmut Kalbitzer hat nach seiner Rückkehr von einer Informationsreise durch Polen erklärt, es sei möglich, zahlreiche zwischen Polen und Deutschland bestehende Meinungsverschiedenheiten durch ein direktes und von keiner Propaganda getrübbtes Gespräch zu klären. Auch der derzeitige Präsident des Bundesrats, der Hamburger Bürgermeister Kurt Sieveking, deutete in einem Gespräch mit Journalisten die Notwendigkeit der Kontaktaufnahme mit den Ostblockstaaten an und wies hierbei besonders auf den kürzlichen Empfang einer polnischen Wirtschaftsdelegation durch den Hamburger Senat als Beispiel dafür hin, wie man "ins Gespräch" kommen könnte.

Da auch der Bundeskanzler selbst in den letzten Tagen mehrfach angedeutet hat, er sei jetzt auch der Meinung, dass die Weltpolitik in Bewegung geraten ist, dürften die Voraussetzungen für eine kluge Vorbereitung von offiziellen Kontaktaufnahmen gegeben sein. Die Sozialdemokratische Partei hat bereits auf ihrem letzten Parteitag im Juli vergangenen Jahres in München die Forderung nach Herstellung normaler Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks aufgestellt.

Bisher hat die offizielle Bonner Aussenpolitik ihren Blick fast ausschliesslich nach Westen gerichtet. Man wird im Neuen Jahre nicht umhin können daran zu denken, dass die Bundesrepublik auch nach Osten blicken muss. Selbst wenn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktesystems nach dem Willen des Bundesausserministers im Augenblick noch nicht erfolgen sollte, so wäre immerhin die Frage der wirtschaftlichen Kontakte schnellstens zu überprüfen und nicht zuletzt die Notwendigkeit, mit den zahlreichen Menschen Kontakt aufzunehmen, die jenseits der Oder-Neisse-Grenze leben und formal noch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Über die Erörterung der mit diesen beiden Fragen zusammenhängenden praktischen Probleme sollte das Gespräch über die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen angebahnt werden können.

## Eine neue Richtung in der türkischen Politik

Von unserem Balkan-Korrespondenten

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Türkei zu Israel hat insofern Überraschung in der Weltöffentlichkeit erregt, als man nicht gewöhnt war, dass die Türkei ihre Politik mit der der arabischen Länder koordiniert. Bis jetzt hatte nämlich die Türkei besonderen Wert auf ein gutes Verhältnis zu Israel gelegt. Ankara hatte den neuen israelischen Staat de jure anerkannt und einen bedeutenden Handelsvertrag abgeschlossen. Ausserdem stimmte die Türkei auf allen Internationalen Konferenzen, auf denen Streitfragen zwischen dem Westen und den afrikanisch-asiatischen Ländern besprochen wurden, immer für den Westen. Diese Stellungnahme brachte natürlich schwierige Verhältnisse in den Beziehungen zu den arabischen Ländern.

Die jüngsten Ereignisse in Ägypten haben die Verhältnisse an diesem neuralgischen Punkt der Welt grundlegend verändert. Dieser neue Status der arabischen Länder bleibt natürlich nicht ohne Einfluss auf die Stellung der Türkei. Der Irak, als stärkster Partner der Türkei innerhalb des Bagdad-Paktes, ist selbst in eine schwierige Lage geraten. Die Zerstörung der Ölanlagen zwischen Kirkuk und dem Mittelmeer hat den Irak praktisch in eine wirtschaftliche Sackgasse gebracht. Ausserdem sympathisiert der nationalistisch gesinnte Teil der Bevölkerung stark mit Ägypten, wobei der linke Teil nach Moskau gewandt ist. England musste schon zu Beginn der Suez-Krise einsehen, dass ein arabisches Land, wenn es auch formell einem anderen Pakt angeschlossen war, dennoch in Wahrheit nicht von den anderen arabischen Ländern zu trennen wäre.

Der Bagdad-Pakt hängt seit der Suez-Krise und dem Krieg in Ägypten praktisch in der Luft. Die arabischen Länder wurden zu einem gemeinsamen Unternehmen gegen Israel gezwungen, um eine vollständige Spaltung zwischen ihnen zu verhindern. Selbst die irakische Regierung, die vor kurzer noch unter starkem englischen Einfluss eine Achtung der Stellung Israels nach den Prinzipien der Charta der UNO forderte,

2. 1. 1957

tritt heute mit Bestimmtheit für die Vernichtung Israels ein. Tel Aviv ist heute der entschiedenste Feind der arabischen Länder, und die Türkei könnte kaum ihre bisherige Politik der Neutralität weiterführen, wenn sie nicht eine Kluft zwischen sich und den anderen arabischen Ländern auf tun wollte.

Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel hat Ankara eine völlig neue Politik begründet. Ankara hatte geglaubt, dass es sich mit Unterstützung Grossbritanniens innerhalb des Bagdad-Paktes zu einem Gegenpol Ägyptens entwickeln würde. Die Suez-Krise aber zeigte, dass es nicht möglich ist, einen fremden Staat unter die Einheit der arabischen Welt zu bringen. Durch die Schwächung des Bagdad-Paktes ist die Aussenpolitik der Türkei nicht nur an einem toten Punkt gelangt, sondern Ankara ist zu einem roten Tuch für die arabischen Länder geworden. Sein jüngster Schritt, der Abbruch der Beziehungen zu Israel, hat das Ziel, mindestens die arabischen Länder für sich zu gewinnen, die gegen Wasser und gegen den Kommunismus stehen. Diese Änderung seiner Aussenpolitik war schon deswegen notwendig, weil die Türkei nach dieser Schwächung des Bagdad-Paktes und dem schon vorangegangenen Erliegen des Balkan-Paktes in eine Isolierung geriet.

Im Jahre 1954 war der Balkan-Pakt zwischen Griechenland, der Türkei und Jugoslawien abgeschlossen worden. Wegen der starren Haltung Ankeras in der Zypernfrage und der Annäherung Titos an Moskau im Mai 1954 war seine Bedeutung auf die blosse Tatsache des Bestehens reduziert. Um seiner Sicherheit willen hat die Türkei ein Interesse an einer Wiederbelebung dieser Allianz. Schon vor einem Monat hat der türkische Staatspräsident vor dem Parlament erklärt, dass die Wiederherstellung der griechisch-türkischen Freundschaft für die Sicherheit der beiden Länder erforderlich sei. Um aber diesem Wunsch einen realen Boden zu geben, müsste die Türkei ihre Zypernpolitik grundsätzlich revidieren, die Richtung der Unversöhnlichkeit verlassen. Die Besprechungen in Belgrad zwischen Griechenland und Jugoslawien haben einen wesentlichen Einfluss auch auf diese Frage und könnten zu einer friedlichen Entwicklung in diesem Raum beitragen.

2. 1. 1957

Ziel: Abschluss des politischen Aufbaus

- tz - Stuttgart

Auf die Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags wartet in neuen Jahr einige Arbeit. Da ist zunächst der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1957/58 zu verabschieden, der erstmals die Drei-Milliarden-Grenze überschreitet. Der vorsichtige Optimismus, der dem baden-württembergischen Finanzministerium bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanes Pate stand, fand bei den Abgeordneten eine unterschiedliche Aufnahme. Dass die gegenwärtige Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr der veränderten Aufgabenteilung entspricht, - darüber sind die Auffassungen ebensowenig geteilt wie über die Notwendigkeit, dass die bevorstehende Neuregelung des Finanzausgleichs den Ländern eine weitaus stärkere Begünstigung als bisher bringen müsse.

Besonders überzeugend wird diese Notwendigkeit durch einen Blick in den ausserordentlichen Haushalt des Landes, der auf Anleihen und Darlehen angewiesen ist, von denen nicht feststeht, dass sie auf dem Kapitalmarkt zu erträglichen Bedingungen zu erhalten sein werden. Aus den ersten Aufbaujahren 1952 bis 1954 hat das Land noch ein Haushaltsdefizit von 182 Millionen Mark, das trotz bindender Vorschrift der Reichshaushaltsordnung nicht abgedeckt werden kann, weil es sonst nicht möglich wäre, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Die Rückkehr zu dem Grundsatz, dass auf die Dauer niemand mehr ausgeben kann als er einnimmt, wird für Regierung und Landtag unvermeidlich sein, wenn die ohnehin schon vorhandenen Risiken nicht noch vermehrt werden sollen.

Zu den finanziellen Hypotheken kommen aber auch noch einige politische, die in das neue Jahr übernommen wurden. Zu ihnen gehört das Ministergesetz, das durch die Vorgänge bei der Regierungsbildung im Frühjahr vergangenen Jahres aktuell wurde und jetzt zu den "heissen Eisen" zählt, von denen es in Baden-Württemberg eine ganze Reihe gibt. Aus dem Bereich der Schulverwaltung zählt dazu vor allem das Gesetz über die Volksschullehrerbildung und die Frage des neunten Volksschuljahres. Schon vor Monaten wurde von der sozialdemokratischen Fraktion

darauf hingewiesen, dass sie darauf bestehe, beide Probleme vom jetzigen Landtag gelöst zu sehen. Zudem vertragen es aber auch beide Fragen nicht länger, auf dem "Eis" liegen zu bleiben, wenngleich von keiner Seite die vor der Lösung dieser Probleme stehenden Schwierigkeiten unterschätzt werden.

Bis Mitte dieses Jahres soll ein Sachverständigenausschuss dem Landtag Vorschläge über die zweckmässigste Gliederung des Landes vorlegen und damit auch die Frage der Notwendigkeit der Regierungspräsidien klären, die möglicherweise durch Grosskreise abgelöst werden könnten. Damit kommt auf den Landtag eine weitere Aufgabe von besonderer Bedeutung zu, die er dann möglichst schnell lösen sollte, um den politischen Aufbau des Landes endgültig zum Abschluss zu bringen. Im Zusammenhang mit dieser Aufgabe und doch wieder völlig unabhängig von ihr steht die Frage der Verwaltungsvereinfachung und der Rationalisierung. Der "Landesbeauftragte für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung", nach dem schon so lange gerufen und dessen Erfordernis von niemandem bestritten wird, fehlt noch immer. Die Regierung zeigt sich in dieser Frage sehr zurückhaltend. Sie wird ihr aber nicht länger ausweichen können, zumal auch die Öffentlichkeit in einer solchen "Sparkommissar" Erwartungen setzt, die sie bald erfüllt sehen möchte.

Baden-Württemberg zeigt sich nach seinem erst vierjährigen Bestehen als ein in seinem Bestand durchaus gefestigtes Land. Die Fragen der Landespolitik, die das neue Jahr an Landtag und Regierung heranträgt und die von beiden zu lösen sind, werden das Land und seine Bevölkerung auch in diesem Jahr um ein Stück weiterbringen.

+ - +

#### Ein Blick in das Grauen

mu, Kiel

Über ein Jahr haben die Ermittlungen gegen den ehemaligen SS-Brigadeführer Prof. Dr. med. Clauberg, heute 58 Jahre alt, gedauert. In dieser Zeit hat die Kieler Staatsanwaltschaft versucht, die grauenhaften Verbrechen in konkrete Zeugenaussagen zu fassen, die dieser hässliche kleine Mann in der Zeit von 1942 bis 1944 im Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück an Frauen, vornehmlich an Jüdinnen, beging. Clauberg befindet sich seit dem 21. November 1955 in Unter-

suchungshaft, nachdem seine Flucht aus einer Kieler Klinik im Anschluss an seine Rückkehr aus russischer Gefangenschaft im Oktober 1955 misslang und Nervenärzte ihn für seine Taten für voll zurechnungsfähig erklärten. Was haben nun die über 100 Zeuginnen und Zeugen aus fast allen Staaten Europas im Laufe dieses Jahres dem Staatsanwalt für seine Anklageschrift berichtet, die nun endlich am 14. Dezember fertiggestellt worden ist?

#### 'Experimente' mit tödlichen Folgen

Clauberg leitete in Auschwitz den Experimentierblock 10 des Frauenlagers. Er nahm vornehmlich an Jüdinnen gegen deren Willen äußerst schmerzhaftes Einspritzungen vor, um ein medizinisches Mittel zu finden, sie unfruchtbar zu machen. An den Folgen dieser Experimente sind damals viele der bedauernswerten Frauen gestorben. Manche von Claubergs Opfern sind heute noch leidend. Ein Grossteil der Frauen, die die grauenhafte Behandlung dieses SS-Arztes überstanden, endete kurze Zeit später in Gaskammern, weil er nicht mehr arbeitsfähig war. Clauberg besass damals den Ausweis Nr. 21 635 des Hauptamtes für Volksgesundheit und führte im Auftrage von SS-Chef Himmler seine verabscheuungswürdigen Experimente durch. Die Anklage wirft Clauberg jetzt schwere Körperverletzung in wenigstens 170 Fällen und Körperverletzung mit Todesfolge in mindestens vier Fällen vor.

#### Im Auftrage Himmlers

Aus den Unterlagen, welcher der Zentralrat der Juden der Kieler Staatsanwaltschaft übergab, befindet sich ein Dokument der Dienststelle des damaligen SS-Reichsführers Himmler vom 4. Juli 1943. Clauberg antwortete damals auf die Frage von Himmler, in welcher Zeit etwa 1 000 Jüdinnen nach einer neuartigen Methode sterilisiert werden könnten wörtlich: "Die von mir erdachte Methode, ohne Operation eine Sterilisierung des weiblichen Organismus (durch Einspritzung) zu erzielen, ist so gut wie fertiggestellt. Wenn die von mir durchgeführten Untersuchungen so weiter ausgehen, wie bisher - und es besteht kein Grund, anzunehmen, dass sie es nicht tun - so ist der Augenblick nicht mehr sehr fern, wo ich sagen kann: von einem entsprechend eingeweihten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht zehn Mann Hilfspersonal höchstwahrscheinlich mehrere 100, wenn nicht gar 1 000 an einem Tag".

Der Zentralrat der Juden hat weiter eine Aktennotiz vom Juli 1942 die den Vermerk "Geheime Reichssache" trägt, der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Der persönliche Referent Himmlers, SS-Obergruppenführer Brandt, berichtet über seine Besprechung zwischen Clauberg und anderen hohen SS-Ärzten über die Sterilisierung von Jüdinnen. Der SS-Reichsführer Himmler hat danach Clauberg damals zugesagt, dass ihm für seine Versuche an Menschen und Tieren das Konzentrationslager Auschwitz zur Verfügung steht.

#### Erdrückendes Beweismaterial

Der Leiter der Deutschen Sektion des Auschwitzkomitees Bruno Baum aus Ost-Berlin ist durch die Staatsanwaltschaft vernommen worden. Baum teilt mit, dass er als Elektriker in der Wäscherei von Auschwitz

Im Jahre 1944 Beobachtungen über die Zahl der in den Gaskammern ermordeten weiblichen Häftlinge machen konnte, die sich vorher im Block 10 der Versuchsabteilung von Clauberg gefunden hatten. Baum sagte aus, Clauberg habe genau gewusst, dass die für Sterilisationsversuche missbrauchten Frauen wegen ihrer Arbeitsunfähigkeit nach der Operation den Tod in der Gaskammer verfallen sind. In Auschwitz wurden alle arbeitsfähigen Häftlinge vergast.

Als Vertreter der jüdischen Organisationen in den USA berichtete Kurt R. Grossmann über die Aussagen einer Claire Waldorf, die von Amsterdam im September 1943 mit 11 000 Leidensgefährtinnen in Auschwitz ankam. Über die Versuche von Clauberg sagte demnach Frau Waldorf: "Ich wurde von zwei Häftlingen festgehalten, und Clauberg pumpte mir mit einer etwa 20 Kubikzentimeter grossen Spritze eine ätzende Flüssigkeit ein, die meinen Leib aufblähte und mir furchtbare Schmerzen verursachte. Als er mit mir fertig war, schrie er: "Die Nächste". Die Frauen, die so die beissende Flüssigkeit eingespritzt erhielten, wurden dann nach oben geschickt und blieben drei Tage im Bett. Röntgenaufnahmen am nächsten Tage folgten der Claubergschen Prozedur und er erschien höchst persönlich und liess sich seine Opfer zeigen."

Opfer aus allen europäischen Ländern.

Unter den protokolllarischen Aussagen von Französinen, Griechinnen, Italienerinnen, Holländerinnen und Jüdinnen aus Israel bezieht sich auch der Bericht von Frau Fein, die in Auschwitz von Clauberg gequält wurde und heute das internationale Auschwitz-Komitee in Paris vertritt. Sie sagte, dass Clauberg auf das flehentliche Bitten seiner Opfer, sie nicht zu quälen, geantwortet habe: "Jüdinnen gehören zu einer unwürdigen Rasse und brauchen keine Kinder".

Auf die Vorgänge in Auschwitz weist auch das Buch von Eugen Kogon "Der SS-Staat" hin. In dem Buch, das als Material von der Staatsanwaltschaft herangezogen worden ist, heisst es auf Seite 184: "Um die letzten Verfeinerungen der Methode zu erzielen, liess Clauberg sich nochmals 300 Frauen aus Ravensbrück kommen, die er in Auschwitz zu Tode experimentiert hat oder anschliessend an die Experimente vergasen liess".

+ + +

"O Freunde, nicht diese Töne!"

G. E. Saarbrücken

Für die über 980 000 Einwohner des Saarlandes begann das neue Jahr mit der politischen Eingliederung in die Bundesrepublik. Bereits am Vortage hatten die Beamten der deutschen Passkontrolle ihr Dienstmobilien von der rheinland-pfälzisch-saarländischen an die saarländisch-lothringische Grenze transportiert. Der Zoll ist geblieben. Der Wechsel vom protektionistischen Wirtschaftssystem Frankreichs in die Gewinn und Barkerott gresszügig verteilende Marktwirtschaft der Bundesrepublik soll spätestens am 31. 12. 1959 erfolgen. Zum ersten Mal in der europäischen Geschichte ist also die wirtschaftliche Grenze mit der politischen nicht identisch.

Bundekanzler Dr. Adenauer nahm an dem offiziellen Staatsakt in

Saarbrücken teil. Er war mit einem Sonderzug gekommen, der den eindrucksvollen Namen "Komet" trug. Die Bevölkerung, die das von ihm empfohlene Saarstatut am 23. Oktober 1955 mit 67,7 % aller Stimmen abgelehnt hatte, empfing ihn ziemlich frostig. Den zurückhaltenden Empfangsbeifall am Bahnhof Saarbrücken übertönten bisweilen Missfallensrufe, Pfiffe und explodierende Feuerwerkskörper. Sichtlich betroffen schritt er die Front der Polizei-Ehrenkompagnie ab, die sich die für solche Anlässe vorgeschriebenen Tschakos im letzten Augenblick aus Nordrhein-Westfalen geliehen hatte.

Im Stadttheater Saarbrücken, das von den Nationalsozialisten zur Erinnerung an die Abstimmung des Jahres 1935 erbaut worden ist, teilte der Kanzler mit, dass auch er, der Vertreter der Bundesrepublik, nicht mit leeren Händen komme. Die Bundesrepublik, sagte er, habe die notwendigen Mittel bereitgestellt, um ein Haus zu erstellen, das in Zukunft kultureller Mittelpunkt der Saar werden solle. Ausser dem Versprechen, dass sich die Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik reibungslos vollziehen werde, dass man notfalls besondere Referenten einzusetzen gedenke, machte er keine eingehenden Zusagen, wie das von der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Saar verlangt worden war, um alle Sorgen um den sogenannten gemeinsamen Saarbesitzstand auszuräumen.

Gleichesam mit einer Handbewegung bemühte sich der Kanzler, zur Tagesordnung überzugehen. Das ist bedenklich. Bedenklich, weil z.B. die Saarbevölkerung auch aus der Tatsache, dass die Befürworter der blau-roten Fahnen der Autonomie in nächster Nähe des Kanzlers saßen, während sich die einst "Illegalen" mit dem zweiten Rang begnügen mussten, gewisse Rückschlüsse ziehen konnte, die im Widerspruch zu seiner Ankündigung stehen, dass sich für die Saar alles nur zum Guten ändern werde. Der Versuch gar, die nun vollzogene politische Eingliederung als ein Verdienst der Bundesregierung hinzustellen, kommt einer willkürlichen Änderung historisch nachzuweisender Daten gleich.

Die Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik kann als erster Schritt auf dem Wege der gesamtdeutschen Wiedervereinigung angesehen werden, den zu beschreiten sich der Herr Bundeskanzler bisher nur zögernd entschliessen konnte. Dass die Bevölkerung für weitere Verzögerungen aber kein Verständnis hat, zeigt das Beispiel Saar. Der Ministerpräsident der Saarregierung, Herr Dr. Ney, der als Vorsitzender der Saar-CDU im Abstimmungskampf die undenkbare Aufgabe gehabt hatte, sich offiziell gegen den Kanzler stellen zu müssen, war deshalb um seine Rolle, dem Kanzler für die Eingliederungsbestrebungen Dank sagen zu müssen, nicht zu beneiden. Schmanzelnd hörten sich die mit einem weniger schlechten Gedächtnis versehenen Ehrengäste den Schlusssatz der IX. Symphonie Ludwig van Beethovens an, die im Anschluss an die Lobrede des Herrn Dr. Ney erklang. Sehr zum Entsetzen des Kanzlergefolges sang der Bariton den Originaltext: "O Freunde, nicht diese Töne! Sondern laßt uns angenehmere anstimmen und freudenvollere ..."

+ + +